

Civis-Dialoge 2009: Religion, Demokratie und Medien

Das Gleichnis vom barmherziger Samariter soll Christen als Maßstab für den respektvollen, von Nächstenliebe geprägten Umgang mit Angehörigen anderer Religionen dienen: Das betonte Kardinal Christoph Schönborn Anfang Oktober bei einem Gespräch in der Wiener Hofburg, zu dem Bundespräsident Heinz Fischer im Rahmen der "Civis-Dialoge 2009" eingeladen hatte. Die "Dialoge 2009" der "Europäischen Medienstiftung für Integration" standen unter dem Generalthema "Religion, Demokratie und Medien".

Es sei in Jesu Gleichnis ein "Ausländer" gewesen, der dem unter die Räuber gefallenen Menschen geholfen habe, während ein Priester und ein Levit als "offizielle Religionsvertreter" Wichtigeres zu tun hatten, erinnerte der Wiener Erzbischof. Mehr noch als gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung der Menschenwürde brauche es couragierte Menschen, die sich trauen, gegen Vorurteile und für Menschlichkeit einzustehen.

Kardinal Schönborn verwies auf Länder, wo unterschiedliche religiöse Symbole weitgehend friedlich nebeneinander bestehen könnten. Er habe das zum Beispiel in Bombay erlebt, wo christliche und muslimische Gotteshäuser ebenso präsent seien wie hinduistische und buddhistische Tempel. Im Unterschied zu anderen Staaten ortete Schönborn in Österreich keine übertriebene Angst vor religiösen Symbolen; so habe es hierzulande anders als etwa in Frankreich keine Kopftuchdebatte gegeben. Ihn würde es "nicht stören", wenn es in Wien zusätzlich zum Islamischen Zentrum in Wien-Floridsdorf mehrere schöne Moscheen geben würde. Es gebe allerdings auch keinen Anlass, sich als Mehrheitsreligion zu "verstecken", so der Kardinal.

Die auch in Österreich gelegentlich sichtbare "Islamophobie" hat nach den Worten des Kardinals auch historische Gründe, wurde Wien im Lauf der Neuzeit doch zweimal - erfolglos - von osmanischen Heeren belagert. Schönborn betonte zugleich, dass gerade Wien ein gutes Beispiel nicht für den vielzitierten "clash of civilizations", sondern für eine gelungene Vermischung und wechselseitige Befruchtung unterschiedlicher Kulturen

sei, siehe die aus dem Orient importierte Kaffeehauskultur. Der Wiener Erzbischof verwies auf das vom Patriarchen von Venedig, Kardinal Angelo Scola, entwickelte Konzept der "metissage de civilisations" als Gegenbild zum "clash of civilizations".

Fischer gegen politisches Schüren von Konflikten

Bundespräsident Fischer wies eingangs auf die veränderte "religiöse Landkarte" Europas hin. Säkularisierung einerseits und Zuwanderung andererseits hätten die frühere christliche Dominanz in eine weltanschaulich plurale Szenerie verwandelt. Im Blick auf den Islam nannte Fischer das Islamgesetz von 1912 eine gute Basis für die friedvolle Einbindung von Muslimen in die Gesamtgesellschaft, der Islam sei staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft mit entsprechenden Rechten wie Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Seelsorge in Einrichtungen wie Krankenhäusern und Bundesheer oder Miteinbeziehung in die Gesetzgebung. Es gebe auch bewährte Organisationen für den Dialog zwischen den Religionen und Konfessionen, Fischer würdigte hier u.a. die Verdienste des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Stiftung "Pro Oriente" oder der "Kontaktstelle für Weltreligionen" der Bischofskonferenz.



*Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und
Kardinal Dr. Christoph Schönborn*

Als "problematisch und bedauerlich" bezeichnete es der Bundespräsident, dass es politische Kräfte

gibt, die mehr Interesse an einer Zuspitzung von Konflikten zwischen Christen und Muslimen hätten als an deren konstruktiver Beilegung. Deshalb äußerte sich Fischer auch zurückhaltend auf die Frage, ob Österreich in seinem Umgang mit unterschiedlichen Religionen als "Modell für Europa" taugen könnte: Heute sei die Situation diesbezüglich "schwieriger als vor zehn Jahren", und niemand wisse, wie die Lage in fünf Jahren aussehen werde.

Widerstände gegen Moscheen und Synagogen

Oberrabbiner Eisenberg erinnerte daran, dass die heutigen Widerstände gegen Moscheebauten in Österreich Parallelen zu früheren Verhaltensweisen im Blick auf den Bau von jüdischen und protestantischen Gotteshäusern haben: Für die Synagoge in der Wiener Seitenstettengasse wurde die Baubewilligung unter der Regentschaft von Kaiser Franz I. nur mit der Auflage erteilt, dass der jüdische Stadttempel nicht unmittelbar von der Straße aus sichtbar ist. Eisenberg nannte es eine "Fügung", dass gerade deshalb der Bau beim Novemberpogrom des Jahres 1938 nicht zerstört, sondern nur der Innenraum geschändet wurde.

Zum Dialog der Religionen erklärte der Oberrabbiner, ein Brückenbau verlange einen "starken Pfeiler auf der eigenen Seite". Es gelte zum eigenen Glauben zu stehen ohne Anspruch auf den alleinigen Besitz der Wahrheit.

Dialog aus der "Mitte der Orthodoxien"

Bei einem anschließenden Empfang für die Teilnehmer der "Civis"-Dialoge im Erzbischöflichen Palais betonte Kardinal Schönborn, dass der interreligiöse Dialog nicht ein Dialog der "Dissidenten" auf beiden Seiten sein darf. Es gehe vielmehr um einen Dialog aus der "Mitte der Orthodoxien". Die Einigung auf einen "kleinsten gemeinsamen Nenner" genüge nicht. Auch einer der Bahnbrecher des modernen christlich-islamischen Dialogs, der ägyptische Dominikaner P. Georges Anawati (1905-1994), habe immer darauf verwiesen, dass dieser Dialog nicht "ein Gespräch an den Rändern" sein dürfe, sondern die Menschen in der Mitte der jeweiligen Glaubensgemeinschaft erfassen müsse.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Wiener Erzbischof daran, dass etwa in der katholischen Kirche in Österreich die "Kerngemeinden" der Pfarren am stärksten im Kampf gegen Fremdenhass und Antisemitismus und für Gerechtigkeit für die Länder des "Südens" engagiert sind. Wörtlich sagte Kardinal Schönborn: "Aus dem gelebten Glauben erwächst die Akzeptanz der 'Anderen'."

Im Rückblick müsse man heute sagen, dass der Nationalismus "die dümmste Erfindung des 19. Jahrhunderts" war und der Erste Weltkrieg die "Ursünde des 20. Jahrhunderts" darstellte, aus der alle weiteren dramatischen Entwicklungen folgten. Heute versuche Europa, die Folgen dieser Fehlentwicklungen zu überwinden.

Soziologische Aspekte

Die neue Präsenz des Islam in Europa sei einerseits eine Herausforderung für die gläubigen Christen, sie wirke aber auch gleichsam als "Katalysator", betonte der Wiener Erzbischof: Im Zug der Islam-Diskussion erkenne die liberale Gesellschaft, dass sie gläubige Menschen als Teil der Gesellschaft akzeptieren muss.

Beim ersten Teil der "Civis"-Dialoge im ORF-Zentrum hatte Stefano Allievi, Soziologe an der Universität Padua, eine Untersuchung über Konflikte im Zusammenhang mit Moscheebauten in 24 europäischen Städten berichtet. Den geschätzten 18 Millionen Muslimen in Europa stünden derzeit rund 11.000 Moscheen und Bethäuser zur Verfügung.

Der Neu- und Ausbau von Moscheen und Minaretten führe in vielen Orten zu nachhaltigen Störungen des politischen Klimas - in anderen aber zu Verbesserungen im Zusammenleben. "Es geht in der Diskussion häufig gar nicht so sehr um Moscheen und Minarette per se, sondern vielmehr um Macht und Symbole der Macht. In Wirklichkeit geht es um unser allgemeines Problem mit dem Islam", so Allievi. Trotz ablehnender Grundeinstellung gegenüber dem Islam würden Muslime - das zeige die neue Studie - in einigen Gemeinden am Ende besser integriert und akzeptiert als zu Beginn der Auseinandersetzung um einen Moscheebau.

Andreas Zick und Beate Küpper vom Interdisziplinären Institut für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld (Deutschland), legten eine große empirische Studie zum Thema Vorurteile in Europa vor, wobei der Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen aufgezeigt wurde. Zick und Küpper illustrierten ihre Überzeugung, dass Menschen, die sich als "eher religiös" deklarieren, im Durchschnitt signifikant fremdenfeindlicher sind als

Nichtreligiöse und eher abwertende Einstellungen gegenüber "Frauen, Homosexuellen, Juden oder Muslimen" vertreten. Die 8.000 Befragten in acht europäischen Ländern allerdings, die sich als "sehr religiös" einstufen, "sind deutlich weniger fremdenfeindlich und offen für interreligiöse Verständigung", mussten Zick und Küpper einräumen.

08.10.2009 (KAP)